

Hör'n sie mir auf mit Politik !!!
Ihr »Volksvertreter« macht ja doch,
was ihr wollt !!



Die Kraft der Einmischung

Die Übermacht der Wirtschaft wird immer größer. In Deutschland wachsen die Konflikte zwischen den Menschen und zwischen Bürgern und Politik. Die Schriftstellerin Daniela Dahn sieht viel Frust – aber auch viel Potential für friedliche Veränderungen

Von Ruth Renée Reif

Publik-Forum: Frau Dahn, Pegida – »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« – nennen sich jene, die auf der Straße sind und über Dresden hinaus für Aufregung sorgen. Mittlerweile formieren sich auch starke Gegendemonstrationen. Wie bewerten Sie all das?

Daniela Dahn: Zurzeit findet auf der Straße landesweit eine Polarisierung statt. Man überbietet sich in Abgrenzungserklärungen. Viele orientieren sich an einem Gut-Böse-Schema. Zweifellos ist es sehr beunruhigend, wie viel untergründige Fremdenfeindlichkeit und rassistische Vorurteile da hochkommen. Und wie Religion instrumentalisiert wird. Es ist schon bigott, wenn gegen Islamisierung Kreuze in den Himmel gereckt werden. Warum gerade jetzt, habe ich mich gefragt.

Mit welchem Schluss?

Dahn: Nach meiner Beobachtung hat sich Pegida nach den Medienberichten über den *Islamischen Staat* formiert. Die *Bild*-Zeitung wusste genau, dass diese Terroristen »geisteskrank« sind, »Blutbäder« anrichten. Am »Rückfall in die Barbarei« bestand unter Politikern kein Zweifel. Gleichzeitig hieß es, immer mehr dieser Leute kämen hierher. Es ist kein Entschuldigungs-, sondern ein Erklärungsversuch, wenn ich mir vorstelle, wie das in einer abgehangenen Region wirkt, unter Menschen, die ein Selbstwertgefühl am ehesten im gemeinsamen Erschaffen von Sündenböcken finden können.

Gibt es einen Ausweg?

Dahn: Meine Hoffnung ist, dass dieses Pro und Contra zu einer Politisierung beider Seiten führt, zu einer sachlichen Diskussion, in der es um die eigentliche Frage geht, wie wir künftig leben wollen. Gerade haben 50 000 Menschen in Berlin gegen das *Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP* und das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen CETA demonstriert. Die dort vorgesehenen privaten Schiedsgerichte gefährden die freiheitliche Demokratie viel mehr, als es religiöse Fundamentalisten je könnten.

Welche Rolle spielt die Arbeitslosigkeit für die Menschen?

Dahn: Diejenigen, die Arbeit haben, können wenigstens noch streiken. Aber die Arbeitslosen sind einfach Almsenempfänger, ausrangiert. Ich habe darum nie verstanden, warum sich nicht auch eine Gewerkschaft der Arbeitslosen bildet. Dresden hat reichlich 20 000 Arbeitslose. Im Umland ist die Quote höher. Die waren ganz sicher nicht alle bei Pegida. Aber es scheint doch eine Verunsicherung zu geben, Zukunftsängste, auch Wut.

In Ihrem Buch »Wir sind der Staat« fordern Sie die Menschen auf, ihre Interessen insbesondere gegenüber dem Staat zu vertreten. »Warum Volk sein nicht genügt«, lautet der Untertitel. Wird auch der Begriff »Volk« im Westen und Osten unterschiedlich betrach-

tet? Auch Pegida nimmt die Parole »Wir sind das Volk« für sich in Anspruch.

Dahn: Der Untertitel meines Buches hat eben auch gemeint: Volk sein reicht nicht, es kommt darauf an, was für ein Volk wir sind. Duldsam, ignorant, kleinkariert, überheblich oder wissend, großzügig, tolerant, engagiert? Möglicherweise wurde der Begriff im Westen durch die 68er-Bewegung eher infrage gestellt, nachdem er in der Nazi-Zeit viel benutzt worden war. Die Losung der Friedlichen Revolution: »Wir sind das Volk«, hatte jedenfalls einen emanzipatorischen Anspruch. Sie bedeutete, dass wir als Volk von Aktivbürgern im Staat mitreden und an den staatlichen Entscheidungen teilhaben wollen. Ganz im Sinne des Grundgesetzes: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Volksbegehren, Volksgesetzgebung sind auch im Westen zunehmend im Gespräch.

Volksentscheide setzen aber auch Anstrengungen aufseiten der Bürger voraus.

Dahn: Ja und anstrengen mag man sich nur, wenn man einen Sinn darin sieht. Auch immer mehr Intellektuelle werden zu Nichtwählern. Ich befürworte das nicht. Aber man kann schon verzweifeln an der Machtlosigkeit der Legislative gegenüber der Exekutive und vor allem der Wirtschaft. Gegen das erwähnte TTIP-Abkommen hat sich aber eine europäische Bürgerinitiative gebildet, der zivilgesellschaftliche Organisationen aus 21 Staaten angehören. Die Protestplattform *Campact* hat mehr als eine Million Unterschriften gesammelt. Viele sind alarmiert. Die Konzerne wollen nicht nur in die Gesetzgebung der Staaten eingreifen, sondern selbst Gesetzgeber werden. Es ist eine Operation am offenen Herzen der Demokratie.

Sie sagen, seit Jahren befinde die sich in einer tiefen Krise. Worin besteht die?



Dahn: Wir haben eine Trennung zwischen Bürgern und Politikern, die Repräsentanz der Bürger durch die Politik ist eine Fiktion. Die meisten Politiker interessieren sich nur noch für ihr Fortkommen. Von grundlegenden Entscheidungen sind die Wähler ausgeschlossen, ihr Einfluss ist sehr gering.

Nun steht auch das Parteiensystem ja seit Jahrzehnten in der Kritik. Dennoch hält es sich, und es scheint so verkrustet nicht zu sein, denn es entstehen sogar neue Parteien ...

Dahn: Ich sehe keine Parteien, die dieses Problem der Trennung von Bürgern und Politikern durchbrechen.

Wie ließe sich das denn überwinden?

Dahn: Darüber haben schon sehr viel Berufenere als ich nachgedacht. Nehmen Sie die politische Philosophin Hannah Arendt. In ihrem Buch »Über die Revolution« verortet sie das eigentliche Problem nicht zwischen rechts und links, sondern zwischen Parlament und Bürgern. Sie fordert die Einführung eines Räteystems. Im Unterschied zu den Repräsentanten heutiger Prägung waren die Räte viel stärker an den Willen der Wähler gebunden. Das heißt, die Abgeordneten waren rechenschaftspflichtig und konnten abgesetzt werden, wenn sie die ihnen erteilten Aufträge nicht erfüllten.

Nun wurde nicht nur die Räterepublik 1919 in Bayern niedergeschlagen, sondern auch die Pariser Commune oder die Versuche in Österreich und Ungarn sind gescheitert ...

Dahn: Was heißt gescheitert? Diese Versuche bekamen überhaupt keine Zeit, sich auszuprobieren, weil sie von der Macht, die sich durch diese Räte bedroht sah, vorher schon brutal beendet wurden. Es gab auch im Real-Sozialismus immer wieder Ansätze, Rätestrukturen von unten nach oben aufzubauen – in Ungarn 1956, in Prag 1968 und vor

allem 1989, als die Runden Tische solche Formen waren, vom Runden Tisch in einem Dorf bis zum *Zentralen Runden Tisch* in Berlin. Dieser Runde Tisch erarbeitete auch einen Verfassungsentwurf. Der basierte weithin auf dem ja guten Grundgesetz, war aber basisdemokratischer, ökologischer, feministischer. Sein Schwerpunkt war das Gemeinwohl, nicht der Profit. Diese demokratische Initiative war den Machthabern nicht einmal die Kenntnisnahme wert.

Was fordern Sie?

Dahn: Zu fragen: Wer hat die gesetzgebende Kraft? Wer setzt die Spielregeln, an die wir uns alle halten müssen? Ich plädiere, darüber nachzudenken, wie man solche Rätestrukturen verstetigen könnte. Interessierte sollten sich selbst zu einem Verfassungskonvent ermächtigen, bei dem der entstehende Entwurf im Netz ergänzt und verändert werden kann. Die nächste Wende kommt bestimmt, aber dann wäre es kein Nachteil, bereits breit diskutierte Alternativentwürfe in der Tasche zu haben.

Sehen Sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Deutschland ein revolutionäres Potenzial für Systemveränderung?

Dahn: Ich sehe viel Frust, aber natürlich auch viele, denen es gut geht, die nichts grundsätzlich infrage stellen. Ende der 1980er-Jahre habe ich dieses Potenzial stärker gesehen. Da war das Infragestellen des Status quo deutlich vorhanden, und zwar im Osten und im Westen. Es gab Anzeichen, dass der Demokratisierungsdruck aus dem Osten auch auf den Westen übergreift. Die SPD forderte auch für Bonn einen Runden Tisch. Studenten in Heidelberg stellten die Wirtschafts- und Finanzmechanismen infrage. Das wurde durch die überstürzte Rechtsangleichung im Einigungsvertrag unterbunden.

Tatsache war aber auch, dass das Volk in den Westen fuhr und sich dem Konsumrausch ergab, statt im Osten die Demokratie zu verwirklichen ...



Daniela Dahn, geboren 1949 in Berlin, studierte Journalistik in Leipzig. Sie war zunächst Redakteurin im Jugendfernsehen, wo sie eine eigene Sendereihe »Dreieck« entwickelte. Bereits nach sechs Sendungen wurde diese abgesetzt, weil die Verantwortlichen sie als zu problemorientiert ansahen und Dahn gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann protestiert hatte. 1977 wechselte sie in die Redaktion des Innenpolitik-Magazins »Prisma«. Da sie jedoch den An-

spruch der Sendung, kritisch zu sein, nicht hinreichend erfüllt sah, kündigte sie 1981. Fortan arbeitete sie als freie Schriftstellerin.

Im September 1989 war sie Mitinitiatorin der »Erklärung des Berliner Schriftstellerverbandes«, die einen öffentlichen Dialog über die in allen Bereichen der Gesellschaft angestauten Probleme forderte. Einen Monat später gehörte sie zu den Gründern der Bürgerbewegung »Demokratischer Aufbruch«. Und im November war sie stellvertretende Vorsitzende der ers-

ten unabhängigen Untersuchungskommission der DDR zu Übergriffen von Polizei und Staatssicherheit. Sie war 1991, 1993, 1998 und 2010 Writer in Residence an Universitäten in den USA und Großbritannien. 1998 wurde sie mit Günter Grass stellvertretende Vorsitzende des von Egon Bahr geleiteten Willy-Brandt-Kreises.

Für ihr publizistisches Werk erhielt sie zahlreiche Preise – unter anderen den Kurt-Tucholsky-Preis und den Ludwig-Börne-Preis.



Dahn: Kein Wunder, das machte auch deutlich mehr Spaß. Die Einheit wurde von denen gestaltet, die letztlich auch deren Nutznießer waren – und das sind auf beiden Seiten nicht wenige. Den Bürgerrechtlern, die damals erst anfangen, Programme zu erarbeiten, wurde keine Zeit gelassen. Ich habe das im »Demokratischen Aufbruch« erlebt. Da waren viele Pastoren, die einen starken Impuls hatten, was man künftig tun oder lassen sollte. Aber die Vorstellungen zur künftigen Ökonomie waren vage. Heute wollen achtzig Prozent eine andere Wirtschaftsordnung, aber der Weg ist blockiert.

Wie schätzen Sie die Chance ein, dass eine solche Situation eines neuerlichen demokratischen Aufbruchs wiederkehrt?

Dahn: Gegenwärtig geht es im Vergleich zum übrigen Europa der Mehrheit in Deutschland gut. Sie möchten keine Experimente, sondern den Status quo erhalten. Wir sind hier nicht in Griechenland. Doch die Gefahr, dass die Krise verschärft zurückkommt und dann auch Deutschland zum Verlierer wird, ist nicht gebannt. Wir befinden uns an einer Schwelle, an der es darum geht, ob wir einen Kapitalismus akzeptieren, der gegen demokratisches Hineinregieren immer immuner wird und am Schluss ohne Demokratie auskommt, oder ob es gelingt, die Demokratie zu beleben. Die Bewegung gegen TTIP ist so ein Impuls.

Bewegungen, die dem Kapitalismus Einhalt gebieten?

Dahn: Wir haben gegenwärtig einen Primat der Wirtschaft und nicht der Politik. Die Privilegien der Wirtschaft und der Eigentümer sind verrechtlicht. Und dagegen kann keine Demonstration etwas ausrichten, weil alle Gerichte diese Ansprüche immer bestätigen werden.

Also wären massive gesetzliche Änderungen notwendig?

Dahn: Ja. Es geht um Überlegungen, ob die Grundlagen unseres Rechtsstaates, auf den wir zu Recht stolz sind, die

richtigen sind. Unsere Rechtsordnung geht zurück auf das von kaum einem Juristen infrage gestellte Römische Recht. Neunzig Prozent unseres Bürgerlichen Gesetzbuches beruhen auf diesem Recht. Dieses Recht heiligt das Eigentum. Es bevorzugt die Kapitalverwerter und benachteiligt die Kapitalerzeuger. Das heißt, die Ansprüche auf Lohn, Rente und Sozialleistungen, die Menschen erkämpft haben, sind nicht wirklich geschützt. Ansprüche dagegen, die Anleger auf den Banken haben, werden bedient, auch wenn es vom Steuerzahler übernommen werden muss.

Was wünschen Sie sich für Europa?

Dahn: Europa ist eine richtige und großartige Idee, wenn die Völker einander näherkommen, gemeinschaftlich wirtschaften, aber auch kulturell und politisch agieren. Dem steht der Vertrag von Lissabon entgegen. Unter Führung der demokratisch nicht legitimierten *Europäischen Zentralbank* ermöglicht er das neoliberale Durchregieren, das die Völker gegeneinander ausspielt. Die Wohlhabenden regieren in ärmere Länder hinein. Das kann nicht gutgehen. Europa wäre wieder eine Hoffnung, wenn die demokratischen Kräfte es zu einer politischen Gesellschaft verwandeln könnten, der es gelingt, die Wirtschaft dem Gemeinwohl unterzuordnen.

Der Theologe und ehemalige Leiter des Nell-Breuning-Instituts Friedrich Hengsbach sagte, er habe Nell-Breuning im hohen Alter gefragt, was ihn am meisten bewegt habe. Breuning erwiderte, dass es so lange dauere, bis sich in der Gesellschaft irgendetwas bewege. Teilen Sie das?

Dahn: Wer wie die aktiven Ostdeutschen eine solche unerwartete Wende erlebt hat, in der sich innerhalb kürzester Zeit unheimlich viel bewegt hat, ist von der Idee nicht abzubringen, dass sich so etwas wiederholen könnte. Da ist eine Hoffnung geblieben auf die Kraft der Einmischung – in welchem Zeitraum auch immer. ♦

► Wichtige Buchveröffentlichungen von Daniela Dahn: »In guter Verfassung. Wie viel Kritik braucht die Demokratie«, »Wehe dem Sieger! Ohne Osten kein Westen« und »Wir sind der Staat! Warum Volk sein nicht genügt« (Rowohlt Verlag).